



...sse eines bunten  
...dmund Rosswog

## loss

### spiele

...mmee der gan-  
...e steigern, hob  
...Matthias Gut-  
...n Gespräch am  
...rvor; und auch  
...herin Christa  
...Vorfreude groß.  
...g übernehmen  
...eimische Verei-  
...eier (Sportver-  
...Ernst (Musikver-  
...stulz (Radsport-  
...d Hans-Martin  
...ienspielgruppe)  
...onnerstag einen  
...re Speisekarten.  
...Lusch gern, der  
...ossbrauerei, die  
...merhin 3000 Li-  
...den Schlossfest-  
...etzt hat. Lusch  
...anstaltung einst  
...ps aus der Taufe  
...freut sich nun  
...Festauflage, bei  
...elalterliches Bier  
...wird. Der Ein-  
...rnächsten Wo-  
...übrigens frei.

## us ab

### angsam

...eine solche An-  
...0 Euro. Eine wei-  
...e wäre es, eine  
...rhöhung beim  
...m zu veranlas-

# Orschweier macht Front gegen Pläne

## Resolution gegen Brennstoff-Ausweitung

Von Andrea Bär

**Orschweier.** Nach Bekanntwerden der Genehmigung zur Altholzverbrennung der Klasse A II bei der Firma German Pellets hat der Ortschaftsrat schnell reagiert: Er berief am Freitagabend eine Sitzung ein und verabschiedete einstimmig eine Resolution.

In der Stellungnahme fordern alle Ortschaftsräte die politisch Verantwortlichen auf, »notwendige Schritte zu gehen und die rechtlichen und politischen Möglichkeiten auszuschöpfen, um eine Altholzverbrennung und einen weiteren Ausbau auf dem Industriegelände Dyn A5 dauerhaft zu verhindern«. Adressaten der Resolution sind die Bürgermeister Dietmar Benz (Mahlberg) und Bruno Metz (Ettenheim), die Stadträte von Mahlberg und Ettenheim, die Vertreter im Zweckverband Dyn A5, die Verantwortlichen im Landratsamt sowie das Umwelt- und Wirtschaftsministerium.

Die Sitzung fand im Proberaum in der Mehrzweckhalle statt, damit möglichst viele Interessierte daran teilnehmen konnten. Es kamen um die 50 Bürger. Zunächst nahm Ortsvorsteher Bernd Dosch Stellung zur Petition. Dem Vorwurf, die Bürgerinitiative würde mit ihr alles stoppen, widersprach er heftig. Das Gegenteil sei der Fall, sie sei ein wichtiges Standbein, um die

Bürger zu informieren und aufzuklären, weil dies von anderer Stelle nicht geschehe. Ortschaftsrat und BI-Vorsitzender Klaus Deutschkämmer beschrieb den Werdegang von der Ansiedlung von German Pellets bis hin zur heutigen Problematik mit erhöhtem Feinstaub und Lärm.

Daran habe sich trotz Versprechen nichts geändert. Man befürchte durch die Genehmigung zur Verbrennung von Klasse-II-Hölzern eine noch größere Belastung und Minderung der Lebensqualität, beispielsweise durch eine erhöhte Stickoxidemission. Er forderte die Errichtung einer Dauermessstation und die konsequente Umsetzung der Lärmaktionspläne, außerdem eine Umweltverträglichkeitsstudie und eine Veränderungssperre für das Gewerbegebiet. Die Stadt selbst könne gegen die Entscheidung des Landratsamts nicht klagen, meinte Ortsvorsteher Dosch auf Nachfrage. Wohl könne aber jeder Bürger beim Landratsamt seinen Widerspruch geltend machen.

Die Resolution wird bis zum 13. August an den Mahlberger Gemeinderat weitergeleitet. Zudem soll an Bürgermeister Benz die Anfrage gerichtet werden, ob die Stadt in das Baugenehmigungsverfahren der Firma einbezogen oder angehört wurde, dies auf Anregung von Peter Ohnemus.

# Steuern sprudeln noch

## Mahlberg verzeichnet größere Einnahmen

**Mahlberg (hai).** Zufriedene Gesichter im Mahlberger Gemeinderat: Während benachbarte Gemeinden mit sinkenden Gewerbesteureinnahmen zu kämpfen haben, kann die Staufertstadt nach derzeitigem Stand mit einem Mehr bei der Gewerbesteuer rechnen. Das geht aus einem Zwischenbericht vor, der im Gemeinderat vorgestellt wurde.

Zum 15. Juli lag die Gewerbesteuer mehr als 600 000 Euro über dem Haushaltsansatz. Auf Anfrage von Rolf Baum erläuterte Rechnungsausschussleiter Jürgen Kolt, dass es

auch zehn Prozent unter dem Ansatz. Bis jetzt fangen die Gewerbesteuermehreinnahmen aber die Mindereinnahmen bei dem Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer (181 000 Euro), bei der Umsatzsteuer (10 000 Euro) und den Schlüsselzuweisungen (40 000 Euro) im Verwaltungshaushalt auf.

Gravierende Abweichungen gegenüber dem Plan zeichnen sich im Vermögenshaushalt ab. Der eingeplante Zuschuss aus dem Ausgleichsstock für den Ausbau der Kleinkinderbetreuung fiel um 96 500 Euro